

Fehmarnbeltquerung stoppen

Die Pläne der Bahn und des Verkehrsministeriums zeigen deutlich: Geplant ist eine Billig-Lösung zu minimalen Kosten, die negativen Auswirkungen auf die Region werden nicht untersucht. Auch Alternativtrassen wurden nicht bewertet. Das ist ein Skandal für alle Anwohnerinnen und Anwohner.

Ein Skandal ist auch, dass es auch kein Geld für einen vernünftigen Lärmschutz geben soll. Das Ministerium bestätigte, dass nur die Minimallösung finanziert wird, ein Umfahren der touristischen Ostseebäder sei nicht wirtschaftlich und auch »ein separater Grenzwert für Tourismus ist nicht ausgewiesen«. Damit sind tausende Arbeitsplätze in der Region im Tourismus in Gefahr!

Zur Wirtschaftlichkeit des Projektes wird auf eine veraltete Vorstudie mit veralteten Preisen verwiesen, und die Verkehrsprognosen sind völlig überbewertet. Das Planverfahren für die Anbindung wurde gerade eröffnet und hier mussten die Bahn und das Verkehrsministerium eingestehen: Die Güterverkehrsprognosen waren zu hoch und wurden halbiert. Es gibt also überhaupt keinen Bedarf für dieses Mammutprojekt!

Der Bundesrechnungshof geht von einem deutschen Anteil von mindestens 1,7 Milliarden Euro aus, doch die Finanzierung wackelt: Die Mittel für die Anbindung sind im Haushalt noch nicht eingestellt. Durch das 80-Milliarden-Euro-Sparpaket der Bundesregierung soll auch im Verkehrsetat gespart werden – bis zum Jahr 2014 rund zwei Milliarden Euro. Dazu kommt die vereinbarte Schuldenbremse, wonach ab dem Jahr 2011 noch einmal deutlich weniger Geld zur Verfügung steht. Ob das Projekt also wirklich finanzierbar ist, ist zweifelhaft.

Unzweifelhaft ist, dass sich das Projekt noch stoppen lässt, denn über das Planverfahren zur Genehmigung wird frühestens im Jahr 2013

entschieden, ob gebaut werden darf. Dies kann noch vor Gericht bekämpft werden und selbst dann muss das Dänische Folketing dies nochmal parlamentarisch beschließen.

DIE LINKE fordert, dass

- mit Dänemark neu verhandelt wird, um umgehend aus dem deutsch-dänischen Staatsvertrag nach Artikel 22 Absatz 2 auszusteigen und alle Planungen zu stoppen,
- der Schienengüterverkehr nach Skandinavien weiterhin auf der Jütlandroute bleibt und nicht durch die touristischen Orte der Bädertrasse umgeleitet wird,
- der Nutzen aller geplanter Verkehrsinvestitionsprojekte mit realistischen Verkehrsprognosen und tatsächlichen Kosten neu bewertet wird,
- nicht nur eine Umweltverträglichkeitsprüfung, sondern auch eine Sozialverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird, in der alle Anwohner einbezogen werden.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, MdB
Stellvertretender Vorsitzender
Redaktionsschluss: 5. Juli 2010

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de

Feste Fehmarnbeltquerung verhindern

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G



Liebe Leserin, lieber Leser,

DIE LINKE tritt entschieden gegen den Bau einer festen Fehmarnbeltquerung ein! Eine Brücke oder ein Tunnel zwischen der Ostseeinsel Fehmarn und der dänischen Insel Lolland hat es in sich: Diese 19 Kilometer lange Verbindung wäre mit über zehn Milliarden Euro das teuerste Verkehrsprojekt Europas und ist mit dramatischen Folgen für Mensch und Umwelt verbunden.

Die große Mehrheit der Bevölkerung der touristisch geprägten Region lehnt das Megaprojekt ab. Der Bau würde zu einer Verlagerung fast des gesamten Güterverkehrs in den skandinavischen Raum durch die strukturschwache, aber touristisch reizvolle norddeutsche Küstenregion führen. Die Menschen vor Ort fürchten um ihre Existenzgrundlage, wenn die Touristen aufgrund des Verkehrslärms ausbleiben. Es ist verkehrspolitisch unsinnig und ökonomisch kontraproduktiv. Da es einen guten Fährverkehr gibt, der im 30-Minutentakt zwischen den Inseln pendelt, gibt es hierfür auch keinen Bedarf.

Die Kosten für den Ausbau der deutschen Hinterlandanbindung betragen mindestens 1,7 Milliarden Euro. Diese sollen von Bund, Länder und Kommunen in Deutschland übernommen werden – also vom Steuerzahler! DIE LINKE wird mit allen Mitteln versuchen, dieses Projekt zu stoppen und für eine soziale und ökologische Verkehrswende streiten.

Mit solidarischen Grüßen,

Ihr **Herbert Behrens**
*Mitglied im Verkehrsausschuss
des Deutschen Bundestages*

Ihre **Cornelia Möhring**
*Mitglied im Deutschen Bundestag
und Landesgruppe Schleswig-Holstein*

Ihr **Steffen Bockhahn**
*Mitglied im Deutschen Bundestag
und Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern*

Fraktion vor Ort

Vom 19. bis 23. Juli 2010 sind Abgeordnete der Bundestagsfraktion DIE LINKE und der Landtagsfraktionen Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns von Rügen bis Fehmarn entlang der Küste unterwegs, um die Bürgerinitiativen zu unterstützen und mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen.

Tourenplan von Rügen bis Fehmarn

Montag, 19. Juli 2010

Rostock, 12 bis 13.30 Uhr
Wismar, 14.30 bis 16 Uhr
Boltenhagen, 16.30 bis 18 Uhr

Dienstag, 20. Juli 2010

Lübeck, 10 bis 12 Uhr
Sierksdorf, 14 bis 15 Uhr

Sierksdorf, 15 bis 17 Uhr

Podiumsdiskussion »Fehmarnbeltquerung ohne Rücksicht auf das Hinterland?«

im Pavillon im Ortskern Sierksdorf
(Nähe Hansapark), mit:

Herbert Behrens, MdB,
Mitglied im Verkehrsausschuss
des Deutschen Bundestages

Björn Thoroe, MdL,
Verkehrspolitischer Sprecher,
Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Cornelia Möhring, MdB,
Landesgruppe Schleswig-Holstein (Moderation)

Malte Siegert,
Sprecher der Allianz gegen
eine feste Fehmarnbeltquerung

Bernd Homfeldt,
Projektleiter Deutsche Bahn ProjektBau GmbH
(angefragt)

Mittwoch, 21. Juli 2010

Burg (Fehmarn), 8.30 bis 12 Uhr
Heiligenhafen, 13 bis 16 Uhr
Lensahn, 16.30 bis 18 Uhr

Donnerstag, 22. Juli 2010

Eutin, 9.30 bis 11.30 Uhr
Timmendorfer Strand, 12 bis 13 Uhr
Ratekau, 14 bis 15 Uhr

Freitag, 23. Juli 2010

Stralsund, 9 bis 11 Uhr
Sassnitz (Rügen), 12 bis 14 Uhr

*Aktuelle Infos zur Tour unter
www.linksfraktion.de/beltquerung*

Außerparlamentarischer und parlamentarischer Protest

Einmal mehr zeigt sich, dass ein widersinniges Großprojekt gegen den Willen der Bevölkerung, aber im Interesse der Wirtschaftsverbände durchgedrückt werden soll. Das »Aktionsbündnis gegen eine feste Fehmarnbeltquerung« gibt es auf Fehmarn schon seit 20 Jahren. Im letzten Jahr haben sich auch »auf dem Festland« überall entlang der Trasse Bürgerinitiativen gegründet, die das Projekt verhindern wollen und gemeinsam eine breite Allianz aus gesellschaftlichen Organisationen, Interessenverbänden, Bürgerinnen und Bürgern sowie Parteien gebildet.

DIE LINKE hat den Protest gegen den Bau seit vielen Jahren unterstützt, mehrere Anfragen und Anträge zum Thema ins Parlament eingebracht, vor der Abstimmung im Bundestag eine kritische Expertenanhörung im Verkehrsausschuss veranlasst und die Protestbewegung gefördert.

Ein breites gesellschaftliches Bündnis, der Bundesrechnungshof und zahlreiche Politiker aller Parteien schlossen sich der Forderung an, erst nach Abschluss der laufenden Umweltuntersuchungen und Trassenplanungen sowie in Kenntnis aller Kosten für den deutschen Haushalt das Vorhaben zu behandeln. Doch SPD, CDU und FDP haben am 18. Juni 2009 im Deutschen Bundestag das Gesetz zum Deutsch-Dänischen Staatsvertrag in einer Nacht-und-Nebel-Aktion gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE beschlossen, bevor all diese Details geklärt waren.